

Dienstag, 22. Oktober 2024 Nachmittag

Vorsitz: Standespräsidentin Silvia Hofmann
Protokoll: Patrick Barandun
Präsenz: anwesend: 119 Mitglieder
entschuldigt: Haltiner
Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

1. Kulturförderungskonzept Graubünden 2025–2028 (Botschaften Heft Nr. 3/2024-2025, S. 147) (Fortsetzung)

Präsidentin der Kommission
für Bildung und Kultur: Menghini-Inauen
Regierungsvertreter: Parolini

II. Detailberatung (Fortsetzung)

2. Förderschwerpunkt II: Der Kanton Graubünden stärkt die sprachliche und regionale Vielfalt im Kulturschaffen.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

2.1 Ziel 1: Das Bewusstsein für die Vielsprachigkeit, das Kulturerbe, die gelebten Traditionen sowie das Kulturschaffen und die Kulturforschung wird gestärkt. Der kulturelle Austausch zwischen sprachlichen und regionalen Gemeinschaften in- und ausserhalb des Kantons wird gefördert.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Massnahme 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Massnahme 2

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Massnahme 3

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Massnahme 4*Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***2.2 Ziel 2: Die Bündner Kulturakteure im Kanton Graubünden sind über die Regionen hinaus vernetzt, profitieren vom gegenseitigen Know-how und nutzen vorhandene Synergien.***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***Massnahme***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***2.3 Ziel 3: Die Kulturakteure und die Verantwortlichen in der Regionalentwicklung und des Tourismus erkennen das Potenzial, die Chancen und die Möglichkeiten in der gemeinsamen Entwicklung, Durchführung und Vermittlung von Kulturprojekten.***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***Massnahme***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***3. Förderschwerpunkt III: Der Kanton Graubünden stärkt die Produktionsbedingungen für das Kulturschaffen.***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***3.1 Ziel 1: Die Voraussetzungen für die Produktion, Koordination und Präsentation kultureller Vorhaben werden optimiert.***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***Massnahme***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen*

3.2 Ziel 2: Die Planungssicherheit für Kulturschaffende und -institutionen wird optimiert.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Massnahme 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Massnahme 2

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Massnahme 3

a) Antrag Kommissionsmehrheit (7 Stimmen: Menghini-Inauen [Kommissionspräsidentin], Censi, Epp, Favre Accola, Furger, Kasper, Tanner; Sprecherin: Menghini-Inauen [Kommissionspräsidentin])

Streichen

b) Antrag Kommissionsminderheit (2 Stimmen: Dietrich, Kaiser; Sprecher: Dietrich) und Regierung
Gemäss Botschaft

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit mit 81 zu 29 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Massnahme 4

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

3.3 Ziel 3: Die Filmförderung wird umgesetzt.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Massnahme

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Schlussabstimmung

2. Der Grosse Rat stimmt dem Kulturförderungskonzept Graubünden 2025–2028 mit 109 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

2. Interkantonale Vereinbarung über die BVG- und Stiftungsaufsicht der Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau und Tessin (IVBSA) (Botschaften Heft Nr. 2/2024-2025, S. 65)

Präsident der Kommission
für Gesundheit und Soziales:
Regierungsvertreter:

Collenberg
Bühler

I. Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

II. Detailberatung

1. Beitritt Interkantonale Vereinbarung

1. Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung über die BVG- und Stiftungsaufsicht der Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau und Tessin (IVBSA) vom 22. Mai 2024 bei.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zur IVBSA zu erklären.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

3. Die Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung über die Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht vom 26. September 2005 durch den Kanton Graubünden (Beitritt zur Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht) vom 31. August 2006 (BR 219.150) wird mit dem Inkrafttreten der IVBSA gemäss dessen Artikel 36 Absatz 1 aufgehoben.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

4. Die Ziffern 1 bis 3 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

2. Teilrevision EGzZGB

I.

Der Erlass «Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch) (EGzZGB)» BR 210.100 (Stand 1. Januar 2025) wird wie folgt geändert:

Art. 21a Überschrift und Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 25a Abs. 1 und Abs. 2
Antrag Kommission und Regierung
 Gemäss Botschaft

Angenommen

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

**Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.
 Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.**

Antrag Kommission und Regierung
 Gemäss Botschaft

Angenommen

Schlussabstimmung

2. Der Grosse Rat stimmt dem Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über die BVG- und Stiftungsaufsicht der Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau und Tessin (IVBSA) mit 101 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.
3. Der Grosse Rat stimmt der Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGzZGB; BR 210.100) mit 101 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

3. Auftrag Rüegg betreffend Überprüfung der Ausbildungsbeiträge im Hinblick auf den Arbeitskräftemangel

Erstunterzeichner: Rüegg
 Regierungsvertreter: Parolini

Antrag Rüegg

Aufgrund dieser Ausführungen wird die Regierung beauftragt, die Wirkung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, StipG) zu evaluieren und die nötigen Anpassungen vorzunehmen, vornehmlich im Hinblick auf den Fachkräftemangel.

Antrag Regierung

Die Regierung beantragt, den Auftrag zu überweisen.

Antrag Rüegg

Diskussion

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Abstimmung

Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 104 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung.

4. Kommissionsauftrag KBK betreffend Zukunft der Bündner Schulen (Erstunterzeichnerin Favre Accola)

Zweitunterzeichner: Dietrich
Regierungsvertreter: Parolini

Antrag KBK

Die Bündner Regierung wird deshalb beauftragt:

1. auf strukturelle und finanzielle Lastenverschiebungen zu Ungunsten der Gemeinden zu verzichten;
2. die Entscheidungs- und Handlungskompetenzen der Bündner Schulträgerschaften für lokal sinnvolle Lösungen im pädagogischen und strukturellen Bereich (im Sinne von Pilotversuchen) per sofort zu erhöhen, damit individuelle, effektive und auf das jeweilige Schulsystem angepasste Massnahmen qualitätssteigernd umgesetzt werden können;
3. so rasch als möglich auch andere Beschulungsformen zu ermöglichen und Schulmodelle zu prüfen.

Antrag Regierung

Die Regierung beantragt, den Auftrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 103 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung.

5. Anfrage Berther betreffend Kultur

Erstunterzeichner: Berther
Regierungsvertreter: Parolini

Antrag Berther

Diskussion

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Erklärung

Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

6. Auftrag Mazzetta betreffend Schutzzonen für eine kontrollierte Paarung bei der Honigbiene

Erstunterzeichnerin: Mazzetta
Regierungsvertreter: Caduff

Antrag Mazzetta

Die Regierung wird daher beauftragt, einen gesetzlich verbindlichen Schutz der Bienenbelegstellen in Anlehnung an das «Berner Modell» sowie die Aufnahme der Schutzzonen ins kantonale Geoinformationssystem zu prüfen.

Antrag Regierung

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag betreffend den gesetzlich verbindlichen Schutz der Bienenbelegstellen abzulehnen und betreffend die Aufnahme der Schutzzonen ins GIS zu überweisen.

Die Erstunterzeichnerin hält am Auftrag in der ursprünglichen Fassung fest.

1. Abstimmung

In Gegenüberstellung des Antrags Mazzetta und des Antrags der Regierung obsiegt der Antrag der Regierung mit 78 zu 29 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

2. Abstimmung

Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne des Antrags der Regierung mit 103 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

7. Auftrag Mazzetta betreffend Solaroffensive an kantonalen Strasseninfrastrukturen

Erstunterzeichnerin: Mazzetta
Regierungsvertreterin: Maissen

Antrag Mazzetta

Die Regierung wird beauftragt:

1. das nutzbare PV-Potential entlang von Kantonsstrassen, wie an Stützmauern, Brücken, Lärmschutzwänden, Gebäuden, Parkplätzen möglichst einfach zu ermitteln und sich dabei auf Standorte zu beschränken, die gute technische Voraussetzungen bieten (z. B. bezüglich Einspeisemöglichkeiten);
2. ein Bewerbungsverfahren für das ermittelte Potential aufzugleisen, damit Dritte sich für die Flächen/Lose bewerben können.

Antrag Regierung

Die Regierung beantragt dem Grossen Rat, den Auftrag betreffend den Punkt 1 zu überweisen und betreffend den Punkt 2 wie folgt abzuändern:

Die Regierung wird beauftragt, nach der Ermittlung der potenziellen Standorte für die Errichtung von PV-Anlagen an Strasseninfrastrukturanlagen ein geeignetes Verfahren zur Förderung der Nutzung durch institutionelle Unternehmen zu evaluieren und durchzuführen.

Die Erstunterzeichnerin unterstützt den Abänderungsantrag der Regierung.

Abstimmung

Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne des Antrags der Regierung mit 108 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

8. Anfrage Crameri betreffend Fahrplan 2025

Erstunterzeichner: Crameri
Regierungsvertreterin: Maissen

Antrag Crameri Diskussion

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Erklärung

Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

Schluss der Sitzung: 17.45 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Die Standespräsidentin: Silvia Hofmann

Der Protokollführer: Patrick Barandun